

Terms and Conditions

The Library provides access to digitized documents strictly for noncommercial educational, research and private purposes and makes no warranty with regard to their use for other purposes. Some of our collections are protected by copyright. Publication and/or broadcast in any form (including electronic) requires prior written permission from the Library.

Each copy of any part of this document must contain there Terms and Conditions. With the usage of the library's online system to access or download a digitized document you accept there Terms and Conditions.

Reproductions of material on the web site may not be made for or donated to other repositories, nor may be further reproduced without written permission from the Library

For reproduction requests and permissions, please contact us. If citing materials, please give proper attribution of the source.

Imprint:

Director: Mag. Renate Plöchl

Deputy director: Mag. Julian Sagmeister

Owner of medium: Oberösterreichische Landesbibliothek

Publisher: Oberösterreichische Landesbibliothek, 4021 Linz, Schillerplatz 2

Contact:

Email: [landesbibliothek\(at\)ooe.gv.at](mailto:landesbibliothek(at)ooe.gv.at)

Telephone: +43(732) 7720-53100

Nachrichten

des Landesverbandes Oberösterreichs des Zentralverbandes der Landesorganisationen der Kriegsinvaliden u. Kriegerhinterbliebenen in Linz a. D.

Redaktion, Verwaltung und Expedition: Linz, Promenade 11, Tel. 782. — Redaktionschluss am 15. jeden Monats. Erscheint monatlich einmal.

Preis pro Stück 15 Groschen.

Nr. 9.

Linz, am 1. September 1925.

3. Jahrgang.

Inhalt:

Verbandstag. — Gründliche Arbeit. — Die Lungentuberkulose als Kriegsbeschädigung. — Der Paragraph 17. — Wenn zwei das gleiche tun . . . — Der Anschlag auf die kriegsbeschädigten Bundesangehörigen — vorberhand abgewehrt. — Für die Invaliden hat man kein Geld. — Die Einigkeit der Kriegsgesellen auf dem Marsche. — Verbandsangelegenheiten. — Inzerate.

Verbandstag.

In unserer letzten Nummer der Nachrichten haben wir die Tagesordnung für den Verbandstag veröffentlicht. Es mußte eine Umstellung vorgenommen werden, weshalb der Punkt 4, Berichte,

- Allgemeiner Bericht des Vorstandes (Weidinger),
- Bericht des Sekretariates und des Organisationsreferates (Hufnagl)

zu lauten hat.

Die Ortsgruppen werden aufgefordert, ehestens die Delegierten für den Verbandstag zu melden und die Anträge einzubringen, damit die Vorarbeiten keine Verzögerung erleiden.

Der Vorstand.

Gründliche Arbeit

Wir konnten einmal berichten (Nr. 2 von 1925), daß die christlichsoziale Gesamtpartei den Beschluß faßte, ein Studienkomitee einzusetzen, welches zu überprüfen hätte, ob die ehemals kaiserlichen Güter „rechtlich“ enteignet wurden und ob sie nicht Privatvermögen darstellen.

Die christlichsoziale Partei, von der man im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht gerade behaupten kann, daß sie soziales Empfinden hat, weicht ganz von ihren Gepflogenheiten ab, wenn es gilt, der „armen“ Familie Habsburg zu dienen. Sie unterwirft sich den Befehlen der monarchistischen Partei, welche außer den Christlichsozialen niemand ernst nimmt.

Wir wiederholen nochmals, daß wir uns in den Streit, der zwischen den verschiedenen Parteien entsteht, nicht einlassen, daß wir aber trotzdem aus der Reserve heraus müssen, weil diese Güter, deren Enteignung überprüft werden soll, Güter des Kriegsgeschädigtenfonds, also jenes Fonds sind, der einen Teil des Aufwandes für die vom Staate zu zahlenden Renten tragen muß.

Die derzeitige Konstellation des Nationalrates ist eine solche, daß die Gefahr, daß die Güter dem Fonds entzogen und der Frau Zita zurückgegeben werden, nicht so groß ist. Es ist also eine Frivolität, in einem Zeitpunkt, in dem tausende Kriegerwitwen und Eltern auf ihre Schundrenten warten, auch nur daran zu denken, die Güter, die unsere Renten sichern, der Familie Habsburg unrühmlichen Andenkens zuzuschänzen.

Auch Frau Zita ist als Witwe nicht mehr zu bedauern als eine Kriegerwitwe. Sie hat aber einer solchen das eine voraus, daß sie vermögend ist, eine Anzahl Privatlehrer halten kann und nicht auf eine Witwenrente von 12 S monatlich warten und davon auch leben muß. Uebrigens ist sie noch jung und kräftig, kann also, wenn es wirklich schlecht geht, einer Arbeit nachgehen. Auch diese Frau soll sich an das Sprichwort halten: Wer nicht

arbeitet, soll auch nicht essen. Zeit ihres Lebens hat sie gegessen und nichts gearbeitet. Das Sprichwort gilt nicht nur für Kriegerwitwen.

Seit Monaten hörte man davon nichts mehr. Wir waren der Meinung, die Partei habe selbst eingesehen, daß sie einen unmöglichen Schritt gemacht hat, haben uns jedoch getäuscht.

Ein monarchistisches Wiener Wochenblättchen griff das Komitee an, daß die Ueberprüfung nicht schneller vor sich geht. Das gab den Herren einen Stich ins Herz und schnell versuchten sie, in der „Reichspost“ Entschuldigungen zu stammeln.

Diese schreibt in ihrer Nummer vom 18. Juli 1925:

„Die Rechtsfragen des Habsburger-Vermögens.“

Zu Beginn dieses Jahres hat die christlichsoziale Partei ein Untersuchungskomitee zur Klarlegung der Rechtsfragen betreffend das konfiszierte Habsburger-Vermögen vom Standpunkte der Moral und des natürlichen Rechtes eingesetzt. Ein in Wien erscheinendes Wochenblatt überschüttet nun das Komitee und die christlichsoziale Partei mit Vorwürfen und Verdächtigungen, daß diese angeblich in 14 Tagen zu leistende Arbeit noch immer unveröffentlicht geblieben. Wir werden nun gerade von jenen Kreisen, die sich bemühen, den Rechtsstandpunkt der kaiserlichen Familie vor jenem und einem anderen, von katholischer Seite eingesetzten Komitee zur Geltung zu bringen um die Feststellung gebeten, daß diese Verdächtigungen ganz verfehlt sind. Die Arbeiten werden gerade im Interesse der aufzudeckenden vollen Wahrheit äußerst gründlich geführt. Und je gründlicher, desto besser ist es für den Standpunkt der kaiserlichen Familie. Ein hervorragender Historiker hat durch Monate peinlichst genaue Archivarbeiten geleistet, um den letzten Wurzeln der Familienvermögen nachzugehen. Die eben erst jetzt abgeschlossenen, überaus wertvollen Ergebnisse dieser wissenschaftlichen Forschungen abzuwerten, war eine Notwendigkeit. Die Insinuation einer heuchlerischen Unterdrückung dieser Ergebnisse durch die christlichsoziale Partei wird von jenen bestinformierten, für den Rechtsstandpunkt der kaiserlichen Familie innerhalb der Partei eintretenden Faktoren als gänzlich unhaltbar und der Entwicklung zur ruhigen Erkenntnis historischer Resultate geradezu schädlich zurückgewiesen“, und in der „Reichspost“ vom 23. Juli 1925 findet sich wieder ein längerer Artikel „Das Privatvermögen des Erzhauses Habsburg-Lothringen“ von einem Universitätsprofessor Dr. Franz Zehentbauer. Der Artikel gibt hauptsächlich den Inhalt einer Broschüre wieder, welche von Herrn Dr. Gustav Turba, Professor an der Wiener Universität, im Verlag Wilhelm Braumüller, Wien IX., Servitengasse 5, 139 Seiten stark, erschienen ist. Mit dieser Broschüre soll angeblich bewiesen sein, daß ein großer Teil des durch die Gesetze über den Kriegsgeschädigtenfonds beschlagnahmte Ver-